

Landespolizeibeamten in dem besagten eingekerkert worden, während die Beamten des Staatsanwaltschafts verhaftet wurden, da sich die Franzosen bei der Besetzung des Staates mit der Beschlagnahme einiger Räume im Erzgebirge begnügt haben.

Oberbürgermeister Gieshoff, Polizeirat Ornel und Polizeirat Niedermayer wurden gefesselt aus dem Volksgewaltigkeitsabteilung abgeführt. Das Präsidium ist vollkommen geräumt.

In Enderwitz

gehen die Franzosen dazu über, die Wohnungen der ausgewiesenen Eisenbahner für sich zu beschlagnahmen.

Oberbürgermeister Havenstein vor dem Kriegsgericht.

Vor dem Kriegsgericht der französischen 128. Division in Enderwitz begann gestern vormittag die Verhandlung gegen den Oberbürgermeister Havenstein aus Oberhausen, der in seiner Eigenschaft als Direktor des sächsischen Gas- und Elektrizitätswerks die Lieferung von Gas und Elektrizität an den Hauptbahnhof Oberhausen einstellte.

In der gestrigen Verhandlung erklärte der Oberbürgermeister, es sei ihm von der Eisenbahnverwaltung mitgeteilt worden, daß der Hauptbahnhof stillgelegt worden sei und kein Gas und keine Elektrizität mehr zu liefern sei. In einem Konflikt mit der Besatzungsbehörde sei es dann erst später gekommen, als diese ihm den Befehl erteilte, die Lieferung an den Bahnhof wieder aufzunehmen, was er ablehnen mußte. Weiter als deutscher Verwaltungsdirektor in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister nach als Vorgesetzter des Gaswerks habe er von den französischen Truppen Befehle entgegenzunehmen.

Der Antrag der Verteidiger Dr. Grimm und Niemeyer, das Gericht möge sich als unzuständig erklären, wurde vorerst abgelehnt. Der Vertreter der Anklage beantragte die höchste Befängnisstrafe von zehn Jahren Zuchthaus.

Verhaftung des Oberbürgermeisters von Dortmund.

Der Oberbürgermeister von Dortmund Gieshoff ist verhaftet worden. Französische Offiziere entführten ihn in einem Auto, dem ein Mannschaftswagen mit zehn Mann Besatzung folgte, in der Richtung nach Castrov. Der Grund der Verhaftung ist darin zu finden, daß der Oberbürgermeister sich weigerte, die Befehle des Generalkommandanten der französischen Truppen seinen Dienststellen zur Kenntnis zu bringen und für ihre Veröffentlichung in den Dortmunder Zeitungen zu sorgen. Dem Oberbürgermeister wurden von der sich vor dem Rathaus anammelnden Volksmenge stürmische Ovationen dargebracht. Offiziere und Mannschaften wurden mit Schmährufen überschüttet. Gleichzeitig wurden der Vertreter des Landrats Wesseler Witter und der Direktor der Reichsbank Müller verhaftet. Die Reichsbank wurde besetzt. Als Demonstration zog gleichzeitig eine Abteilung Kavallerie über die Wälle nach Dorfstedt.

Ein weiteres Todesopfer.

Der am Mittwochabend auf dem Helmwege zu seinem Schiffe am Rhein von einem französischen Wachposten schwerverletzte Matrose Hill aus Weiskau ist im SINGER Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Die Gewerkschaften protestieren gegen die Lebensmittelblockade.

Die Führer der verschiedenen Gewerkschaften wurden bei dem Präsidenten der französischen Feldbesatzungskommission vorstellig, daß die Zusicherungen des Generals Degoutte nicht gehalten werden, denen zufolge die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung unbeschadet durchgeführt werden sollte.

Die Gewerkschaftsführer führten an, daß auf den Eisenbahngelassen bei Osterfeld-Süd eine große Menge Lebensmittel für das Ruhrgebiet, die bereitstünden, von belgischen Soldaten geplündert worden seien.

Ein Beamter habe eildig zu Proivololl gegeben, daß er drei belgische Soldaten in einem solchen Wagen angetroffen habe. Die Plünderer hätten sich nicht nur Lebensmittel geraubt, sondern auch große Mengen davon aus den Wagen gemorfen und auf den Geleisen verstreut.

24 stündiger Kohlenförderungsstreik.

Die Verhaftung und Ausweisung des Oberbergrates Huffer hat auf den sächsischen Beiden große Erregung hervorgerufen. Der gesamte Beiratsrat gab seiner Stellungnahme durch einen energischen Protest Ausdruck und beschloß für 24 Stunden die Kohlenförderung einzustellen. Eine Deputation wurde beauftragt, bei General Degoutte zu protestieren, wurde aber von diesem nicht empfangen. Unter Führung des Regierungspräsidenten Grünher fand dann eine Aussprache bei General Simon statt, der nochmals die Angelegenheit mit General Degoutte erörtern will.

Ein Tschekentransport für das Ruhrgebiet aufgehalten.

Nachdem die französischen Pressevertreter in Berlin im Parlament und bei Pressebesprechungen fallgeschick sind, versuchen die französischen Agenten, in Berlin auf dem Wege der Spionage ihren Nachrichtenendienst zu vervollständigen. Es sind Fälle bekannt, in denen Franzosen bei Beamten und Journalisten Versuche gemacht haben, Mitteilungen über Pläne der Reichsregierung zu erhalten. Es handelt sich anscheinend um großzügig arbeitende französische Spionage, die auch im Reichsheere tätig sind. Bis jetzt haben die Franzosen keine Erfolge erzielt.

Französische Spionage in Berlin.

Wie die „Tagesblätter“ melden, wurde ein Transport von 80 tschechischen Arbeitern, die größtenteils in Wien für das Ruhrgebiet von französischen Agenten angeworben worden waren, auf dem Bahnhof Buchenwald, den sie aus der über die Grenze nach

dem Bestimmungsorte gelangen sollten, an der Westgrenze abzuhalten, daß die Eisenbahner den Transport abzuhalten. Die Arbeiter müssen nach Wien zurückgehen. Nach einer Mitteilung des „Tagesblattes“, die der obigen Nachricht zum Teil widerspricht, hätten die Arbeiter ihre Reise schließlich fortsetzen können.

Kohlennot in der Schweiz.

Infolge der Ereignisse im Ruhrgebiet und Saarrevier sind die Kohlenzufuhren nach der Schweiz in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen, so daß die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen sich bereits mit dem Gedanken der Einschränkung des Bahnpersonals beschäftigt.

Die Verhandlungen in London.

Der französische Delegierte De Trocquer und seine Begleitung, die die Absicht gehabt hatten, nach Paris zurückzukehren, haben ihre Adressen verkleben lassen. Die Verhandlungen haben sich mehr in die Länge gezogen, als man ursprünglich geglaubt hatte. Bonar Law war einen Teil des Tages im Unterhause zurückgehalten. In englischen Kreisen wird vermutet, daß die Diskussion mit der französischen Mission in sehr freundlichem Tone gehalten war. Man weigert sich aber, irgendwelche Anbeutungen über Beschlüsse, zu denen man gekommen ist, zu machen. Es heißt aber, daß die Grundzüge für ein Abkommen gefunden sei.

Mit alleiniger Ausnahme der „Daily Mail“ fordert die englische Morgenpresse die Regierung und Bonar Law auf, den französischen Forderungen energischen Widerstand zu leisten. Die „Times“ erklärt, es sei nötig, daß die englische Regierung nicht nachgibt. Das französische Ersuchen, die Rhöner Zone denutzbar zu dürfen, müsse zurückgewiesen werden. Die englische Regierung dürfe ihre Neutralität nicht in diesem Maße kompromittieren lassen, so groß auch der Wunsch sei, in freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich zu leben. Dann führen die „Times“ aus, dann würde die englische Stellung bei einem Nachgeben doch allzusehr geschwächt werden. „Daily Express“ beschäftigt sich mit der Ruhrfrage und führt aus, das französische Ersuchen sei absurd und eine formelle Zurückweisung sei geboten.

Die meisten Pariser Blätter können ihren Optimismus nicht verbergen und bereiten das Publikum darauf vor, daß die Konferenz vielleicht die Abberufung der englischen Truppen aus dem Rheinlande zur Folge haben würde. Die Zeitungen äußern dabei die Hoffnung, daß Bonar Law's Erklärung, diese Abberufung werden das Ende der Entente bedeuten, nicht ernst gemeint ist. Ferner ist in London das Gerücht verbreitet, daß sich in nächster Zeit eine Besprechung zwischen Poincaré und Bonar Law notwendig machen werde, weshalb Poincaré in London erwartet werde. Im auswärtigen Amt wurde erklärt, daß man dieses Gerücht weder bestätigen noch widerlegen könne.

Französische Drohungen an England.

Die Verschärfung, die die seit dem Ende der Vauanner Konferenz latente Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und England durch die Erklärungen Bonar Law's erfahren hat, wird in der ungenüßlich heftigen Sprache, die die französische Presse neuerdings gegen England führt, deutlich. So droht der „Intransigant“, wenn England die von Frankreich gewünschte Konzession in der Frage der Kohlentransporte verweigere, werde sich die französische Regierung zu energischen Maßnahmen gezwungen sehen. Für Frankreich gebe es heute kein Zurück mehr. Der Erfolg der Inkubation sei für das französische Volk eine Frage auf Leben und Tod. Was mit dieser Drohung gemeint ist, geht aus einem Artikel des „Journal“ hervor, worin gesagt wird, wenn England nicht freiwillig nachgibt, bliebe der französischen Regierung noch immer die Möglichkeit, die Frage der Kohlentransporte durch die englische Zone durch die Interalliierte Rheinlandschmission über den Kopf der englischen Regierung hinweg regeln zu lassen. Die Kommission könnte darüber mit Stimmenmehrheit entscheiden und ihrem Beschlusse werde sich England genau so wie in der Frage der Güterperre unterwerfen müssen.

Japan und Sowjetrußland.

Die Stellung Sowjetrußlands in der Welt hat einen eigenartigen Charakter angenommen. Die Regierungen der meisten Länder scheuen sich, die bolschewistischen Machthaber offiziell anzuerkennen. Auf der anderen Seite besteht aber das Bedürfnis, mit Rußland Geschäfte zu machen und sich die Möglichkeit, die Schätze Rußlands auszunutzen, sobald die Staatsform konsolidiert ist, nicht zu verbauen. Jetzt hat die Opposition im japanischen Parlament den Antrag gestellt, mit Rußland freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Das Verlangen nach einem Uebereinkommen mit Rußland wird in Japan von der Regierungsoption und der zu ihr haltenden Presse schon immer erhoben. Das Vorgehen der Opposition erklärt sich daraus, daß sich in dieser Partei vor allem die Vertreter der Großindustrie befinden, die Geschäfte mit Rußland machen wollen. Im Gedanken an die Durchführung ihrer privaten Politik befangen, übersehen sie aber die große Sünde der Politik. Diese kennzeichnet sich darin, daß in ganz Ost-England und Rußland die großen Rivalen sind. Ein Zusammengehen Japans mit Rußland würde also Japan in Gegensatz zu England und damit zu dem in Washington geschlossenen Bund der Angehörigen setzen, was Japan in seiner politischen Stellung nicht wagen kann.

Zhittscherin

erklärte, daß Rußland Japans Bedürfnisse nach wirtschaftlicher Betätigung in Sibirien durchaus anerkenne und daß Rußland willens sei, Japans Wünschen so weit entgegenzukommen, als es mit seinen eigenen Lebensinteressen vereinbar wäre. Über, fuhr Zhittscherin fort, die Voraussetzung für jegliches wirtschaftliches und wirtschaftliches Uebereinkommen mit Japan ist die Klärung des

politischen Zustandes im ganzen und die Wiederherstellung des Status quo ante. Diese Forderung umfaßt auch die Rückgabe der Mandschurei. Zhittscherin behauptet dann die neueste Nachrichten über die glänzende Aufnahme Japans in Japan und fügt hinzu, daß das russische Volk, wenn diese Nachrichten wahr wären, gewiss sehr erfreut sein würde. Es sei erregt, festhalten zu können, daß jetzt ein neuer Wind in Japan wehe. Zhittscherin erklärte sich trotzdem von der Haltung der japanischen Delegation in Lausanne überrascht, daß die japanische Delegation die Partei in ihrem Kampf für ihre souveränen Rechte und vollständige Unabhängigkeit nicht unterläßt hat. Zhittscherin ging zum Schluß ausführlich auf die scheinlich-russischen Beziehungen

ein und sprach sich über die Folgen der Verhandlungen aus. Die Vorverhandlungen, die heute begonnen hat, wurden unter sehr günstigen Umständen eröffnet. Jeder Schritte, der die Bedürfnisse eines Landes kennt, nimmt eine sympathische Haltung gegen Rußland ein. Sowohl in Rußland wie in China besteht der allgemeine Wunsch, daß beide Länder möglichst rasch offizielle Beziehungen aufnehmen.

Verständnis zwischen Frankreich und Japan?

In Berlin geht, angeblich von diplomatischer Seite verbreitet, die Nachricht um, daß zwischen Frankreich und Japan ein geheimes Militärabkommen abgeschlossen worden sei. Man räumt von vornherein damit, daß diese Meldung aus Paris demontiert werden wird, was ja auch dem Charakter der strengen Geheimhaltung Rechnung tragen würde. In Berlin amüslichen leitenden Stellen sind bislang keinerlei Unterlagen vorhanden, die die Nachricht bestätigen könnten. Man hält aber bei dem sich abzeichnenden Verhältnis Frankreichs zu England und dem gleichen Zustand zwischen Japan und Amerika ein solches Abkommen, das Frankreich aus seiner Isolierung befreien und seine Stellung gegenüber England und Amerika stärken würde, nicht für ausgeschlossen.

Kleine politische Meldungen.

Der Bergarbeiterstreik in Frankreich. Der französische Bergarbeiterstreik ist gestern morgen zum Teil ausgebrochen. Für den Streik sind besonders die Untertanen, während die Reformisten sich vorläufig ablehnend verhalten. Gestreikt wird besonders im Gebiet von Calais und Douai, in St. Etienne teilweise. Zur Stunde läßt sich noch nicht übersehen, ob es tatsächlich zu einem französischen Generalstreik der Bergarbeiter infolge der Lohnforderungen kommen wird, im Hinblick auf die Lage an der Ruhr und an der Mosel ist immerhin damit zu rechnen, während ein Teil der Arbeiterkraft nach wie vor nur auf dem Verhandlungswege seine Forderungen durchzusetzen bestrebt bleibt.

Neue Unruhen in Memel? Man meldet ein Wiedererwachen der Unruhen in Memel. Banden haben von neuem die Stadt besetzt. Man ist der Meinung, daß die litauische Regierung die Verantwortung für diese Lage nicht völlig ablehnen kann. Die Reichsvertreterkonferenz war im Begriff, Litauen die Verwaltung der Stadt zu übertragen, aber es ist möglich, daß die neue Wendung der Dinge sie nötigt, ihren Plan zu ändern.

Litauisch-polnische Zusammenstöße. Aus Wilna wird gemeldet: Die Übernahme der Polen zugewiesenen Teile der neutralen Zone durch die polnischen Verwaltungsbehörden begann gestern früh um 7 Uhr. Bei Puckstarna stieß die polnische Grenztruppe auf litauische Freischärler. Es kam zu einem Geplänkel, wobei ein Offizier und zwei Soldaten verwundet wurden. Das Dorf Puckstarna wurde von den Polen besetzt. Die litauischen Freischärler haben bei Woltowo eine Brücke in die Luft gesprengt und bei Drang eine Eisenbahnlinie zerstört.

Stalinisch-jugoslawische Besprechungen. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Rom wünscht Ministerpräsident Vasilich mit Mussolini baldmöglichst eine Besprechung, entweder in Venedig oder in Triest.

Von Lausanne nach Konstantinopel? Wie der „Petit Parisien“ aus Konstantinopel meldet, dauern die dortigen Verhandlungen zu Beilegung des Zwischenfalls von Smyrna fort. Hartnäckig erhält sich nach dem genannten Blatt in Konstantinopel das Gerücht, daß der Friede demnächst in Konstantinopel zwischen den Vertretern von Ungarn und den Oberkommissaren der Alliierten unterzeichnet werden würde.

Von Stadt und Land.

Am 17. Februar.

Infolge ganz gewaltiger Preissteigerungen, die seit 1. Februar erneut eingetreten sind, und wegen vom Montag ab in Kraft tretenden ganz bedeutenden Lohnerhöhungen sehen wir uns leider gezwungen, den Bezugspreis für unser Auer Tagesblatt für die zweite Hälfte des Monats Februar auf Mark 900.— zu erhöhen, jedoch also für den Monat Februar ein Bezugsgehalt von Mark 1500.— zu bezahlen sein würde.

Beleg des Auer Tagesblattes.

Landesparteiung der USPD am 25. Februar. Wie wir hören soll der sozialdemokratische Landesparteiung für Sachsen die Lösung der Dresener Regierungskrisis bringen, die nun schon über 14 Tage andauert. Am Donnerstag beriet die sozialdemokratische Landtagsfraktion zusammen mit Vertretern des Landesvorstandes der USPD. Wenn auch das Ergebnis offiziell noch nicht bekanntgegeben wird, ist doch kaum ein Zweifel, daß der Parteitag am 25. Februar zusammentritt und für die weitere Politik der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die aus sich heraus zu keinem Entschluß kommen kann, eine Richtung anlegt.

Opfert die Staatsgewinne zur Ruhestille? Im Bierisch im Stammlokal werden oft beim Kartenspielen und dergleichen kleine und auch größere Gewinne gemacht, je nach Geschick und Glück der einzelnen Spieler. Wie stellen sich die Staatspieler zu dem Gedanken, diese Gewinne regelmäßig der Ruhestille zur Verfügung zu stellen? Ein Vorschlag, das in den Sozialwissenschaften zum Ausdruck kommen könnte, sollte die Gäste zu dieser vaterländischen Pflicht ermahnen.